

Antwort **der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wieczorek (Duisburg), Matthäus-Maier, Dr. Diederich, Diller, Esters, Jungmann (Wittmoldt), Kühbacher, Nehm, Purps, Sieler (Amberg), Dr. Struck, Waltemathe, Walther, Dr. Wegner, Zander, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/8141 —

Zur Staatsverschuldung

Vorbemerkung

Die seit 1982 konsequent durchgeführte Politik der Haushaltskonsolidierung und Steuersenkung hat zu einem anhaltenden und sich in den letzten Jahren beschleunigenden Wirtschaftswachstum bei hoher Preisstabilität und gesunden öffentlichen Haushalten geführt. Die staatlichen Haushaltsdefizite, die sich 1981 auf 4,9 v.H. des Bruttosozialprodukts (BSP) beliefen, wurden bis 1989 auf 26 Mrd. DM oder 1,2 v.H. des BSP und damit den niedrigsten Wert seit 16 Jahren zurückgeführt. Der Staatssektor insgesamt, also unter Berücksichtigung der Sozialversicherung (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) erzielte 1989 sogar einen Finanzierungsüberschuß von 5½ Mrd. DM. Der jährliche Zuwachs der Staatsverschuldung konnte von durchschnittlich 14 v.H. im Zeitraum 1969 bis 1982 auf 6 v.H. in den Jahren 1983 bis 1989 gesenkt werden. Ohne die Ausgaben für den Einigungsprozeß wäre der Bundeshaushalt auch in den Jahren 1990 und 1991 dem Konsolidierungstrend der letzten Jahre gefolgt.

Die finanziellen Aufwendungen für die deutsche Vereinigung sind dank der entschlossenen Konsolidierungspolitik der Bundesregierung seit 1982 heute besser als zu jedem anderen Zeitpunkt zu verkraften. Die Unterstützung des Anpassungsprozesses der Wirtschaft und die soziale Abfederung des Strukturwandels in den

Die Antwort wurde names der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 6. November 1990 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

neuen Bundesländern erfordern vorübergehende staatliche Hilfen. Zur Finanzierung der Aufgaben, die mit der deutschen Einheit verbunden sind, tragen wachstumsinduzierte Steuermehreinnahmen und umfangreiche Ausgabeneinsparungen, insbesondere bei den Kosten der Teilung, bei. Zur Deckung des darüber hinausgehenden Kapitalbedarfs ist eine vorübergehende Anhebung der Kreditaufnahme bei konsequenter Beibehaltung der Haushaltsdisziplin der richtige Weg, um die volkswirtschaftliche Investitionsaufgabe der Einführung der Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern zu finanzieren.

Die Kapitalmarktbelastung durch den öffentlichen Sektor wird in diesem Jahr rd. 3,5 v.H. des BSP erreichen. Diese Größenordnung liegt deutlich niedriger als die bisherigen Höchststände in den Jahren 1975 und 1981, in denen nicht die jetzige Sonderaufgabe der deutschen Einheit zu bewältigen war. Auch der staatliche Kreditbedarf 1991 ist angesichts der guten Verfassung und der hohen Ertragskraft des deutschen Kapitalmarktes sowie des Volumens des gesamten internationalen Kapitalmarktes ohne Überforderung zu bewältigen.

Steuererhöhungen, wie sie die Opposition fordert, sind dagegen eindeutig die schlechtere Finanzierungsalternative: Leistungs- und Investitionsbereitschaft und damit die Wachstumskräfte und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft müssen gestärkt und dürfen nicht – durch Steuererhöhungen – geschwächt werden. Diese Einschätzung der Bundesregierung wird durch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und internationalen Organisationen, wie z. B. den Internationalen Währungsfonds, bestätigt.

1. Wie hoch schätzt die Bundesregierung 1990 die Nettokreditaufnahme des Bundes, der Länder, der Gemeinden, des Öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich ERP und sonstige), der Treuhandanstalt, des Fonds „Deutsche Einheit“, der Gebietskörperschaften des Beitrittsgebiets, der Sondervermögen Bahn, Reichsbahn und Post im einzelnen und insgesamt?

Wie hoch waren im Vergleich die entsprechenden Zahlen für 1989?

Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig. Die Nettokreditaufnahme, die Entwicklung des Schuldenstandes und damit der Zinsausgaben werden von finanzpolitischen Entscheidungen aller Gebietskörperschaften bestimmt. Die für 1990 angegebenen Werte stellen eine Einschätzung des Bundesministeriums der Finanzen nach dem derzeitigen Erkenntnisstand dar. Wegen der Einbeziehung der neuen Länder ab 1990 aufgrund der Vereinigung sind diese Beträge nicht mit den Vorjahren für den Bund und den öffentlichen Gesamthaushalt vergleichbar.

Im Gegensatz zur staatlichen Kreditaufnahme ist die Kreditaufnahme von Bahn, Post und Treuhandanstalt Ergebnis unternehmerischer Verhaltensweise. Sie kann deshalb nicht mit staatlicher Kreditaufnahme gleichgesetzt werden.

	1989 – Mrd. DM –		1990 – Mrd. DM –
Bund ¹⁾	19,2	Bund ¹⁾	66,8
Länder	11,3	Länder	20
Gemeinden	1,9	Gemeinden	3
		Fonds „Deutsche Einheit“	20
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹⁾²⁾³⁾	33,5	Öffentlicher Gesamthaushalt	117 ³⁾
Bundesbahn	1,3	Bundesbahn	3
		Reichsbahn	1,5
Bundespost	2,0	Bundespost	6
insgesamt	36,8	insgesamt	127,5

1) Ohne den Betrag des Bundesbank-Gewinns, der den im Haushaltsplan veranschlagten Betrag übersteigt. Einschließlich dieses Betrags ergeben sich für den Bund 1989 14,2 Mrd. DM und 1990 63,8 Mrd. DM und für den öffentlichen Gesamthaushalt 1989 28,5 Mrd. DM und 1990 114 Mrd. DM.

2) Die Gebietskörperschaften des Beitrittsgebiets haben zusätzlich eine Kreditermächtigung von rd. 2,5 Mrd. DM; für öffentliche Investitionsprogramme auch darüber hinaus. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Verschuldung der Treuhandanstalt beträchtliche Vermögenswerte gegenüberstehen.

3) Abgrenzung der Haushaltsrechnung.

Der Treuhandanstalt wurde für die Jahre 1990 und 1991 ein Kreditrahmen von insgesamt 25 Mrd. DM gewährt. Die Ausschöpfung dieses Kreditrahmens hängt entscheidend von der Höhe der Privatisierungserlöse ab. Nach derzeitigen Erkenntnissen ist für 1990 eine Kreditaufnahme von 12 Mrd. DM geplant. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Verschuldung der Treuhandanstalt beträchtliche Vermögenswerte gegenüberstehen.

2. Wie hoch ist die Nettokreditaufnahme unter Frage 1 (ohne Bahn und Post) in Prozent des Bruttosozialprodukts 1989 und 1990?

Wie sind die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

Die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in Prozent des Bruttosozialprodukts belief sich 1989 auf 1,5 v.H. Der mit dem Vorjahr nicht vergleichbare Anteil dürfte 1990 rd. 4 v.H. erreichen.

Für die Nettokreditaufnahme können vergleichbare Quoten für das Ausland nicht angegeben werden. Die im folgenden angegebenen Quoten beziehen sich auf Defizite bzw. Überschüsse, die aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einschließlich Sozialversicherung abgeleitet sind. Für das Jahr 1990 liegen noch keine aktuellen Daten vor. Die verfügbaren Schätzungen sind inzwischen überholt.

Anteile der Defizite/Überschüsse am BSP/BIP in Abgrenzung der
VGR einschließlich Sozialversicherung

Land	1989 –in v.H.–
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,2
Belgien	– 6,5
Dänemark	+ 0,4
Frankreich	– 1,4
Griechenland	– 17,8
Großbritannien und Nordirland	+ 1,3
Irland	– 2,8
Italien	– 10,2
Japan	+ 2,7
Kanada	– 3,4
Luxemburg	+ 3,3
Niederlande	– 5,1
Österreich	– 2,7
Portugal	– 5,0
Spanien	– 2,1
USA	– 2,0

3. Wie hoch waren beim Bund die zum Jahresanfang aus dem Vorjahr übertragenen nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen früherer Jahre?

Die nach Abschluß des Haushalts 1989 gemäß § 18 Abs. 3 BHO weitergeltende Kreditermächtigung beträgt 15,4 Mrd. DM.

4. Wie verteilen sich die von der Bundesregierung geschätzten 20 Mrd. DM „rechnerischer“ Überschüsse der Sozialversicherungen in diesem Jahr auf die einzelnen Versicherungsweige, und wie werden sie von den Sozialversicherungsträgern verwendet?

Welche Einflußmöglichkeiten hat die Bundesregierung auf diese Entscheidung?

In welchem Zusammenhang stehen diese „rechnerischen“ Überschüsse zur Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte?

Die von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Staatssektor erfaßten Sozialversicherungsträger werden 1990 nach gegenwärtigem Erkenntnisstand die folgenden Finanzierungssalden aufweisen:¹⁾

– Gesetzliche Rentenversicherung	rd. + 8,5 Mrd. DM
– Gesetzliche Krankenversicherung	rd. + 8,5 Mrd. DM
– Bundesanstalt für Arbeit	rd. 0 Mrd. DM
– Gesetzliche Unfallversicherung	rd. + 1,5 Mrd. DM
– Landwirtschaftliche Alterskassen	rd. 0 Mrd. DM
– Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	rd. + 1,5 Mrd. DM
Sozialversicherung insgesamt	rd. + 20 Mrd. DM

1) Alle Angaben in methodischer Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Diese Überschüsse werden von den Sozialversicherungsträgern zur Auffüllung der Rücklagen verwendet.

Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung sind Teile der Überschufbildung bereits 1990 in Beitragssatzsenkungen umgesetzt worden.

Der Rücklagenaufbau der Sozialversicherungsträger findet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften statt. Die Rentenversicherungsträger haben dabei die Mittel der Schwankungsreserve so anzulegen und zu verwalten, daß ein Verlust ausgeschlossen erscheint und ein angemessener Ertrag erzielt wird. Darüber hinaus gilt, daß die Schwankungsreserve liquide anzulegen ist. Einflußmöglichkeiten auf die Anlageentscheidung der Rentenversicherungsträger hat die Bundesregierung nur in dem Sinne, daß sie die Rentenversicherungsträger im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank verpflichten kann, bis zu 40 v.H. des Betrages, der über zwei liquide Monatsausgaben hinausgeht, in Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen anzulegen, wenn dies aus konjunktur- oder währungspolitischen Gründen für erforderlich gehalten wird. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Darüber hinaus hat die Bundesregierung keine Einflußmöglichkeiten auf die von den Sozialversicherungen zu treffenden Entscheidungen.

Zwischen der Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte und den Überschüssen der Sozialversicherung besteht kein direkter Zusammenhang. Allerdings bedeutet die Überschufbildung, daß dem Kapitalmarkt – wie schon 1989 – durch die Sozialversicherungen erhebliche Mittel zugeführt werden und dies dämpfend auf die Zinsentwicklung wirkt.

5. Wie hoch war Ende 1989 der Schuldenstand des Bundes, der Länder, der Gemeinden, des öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich ERP und andere), der Sondervermögen Bahn und Post, und wie schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Werte für Ende 1990?

Wie hoch sind die Schulden, die bis Ende 1990 durch die Kreditaufnahme des Fonds „Deutsche Einheit“, der Treuhandanstalt und durch die Staatsschulden des beitretenden Gebiets hinzukommen?

Die im folgenden neben den Schuldenständen für 1989 ausgewiesenen Schuldenstände für 1990 wurden vom Bundesministerium der Finanzen nach dem bisherigen Erkenntnisstand geschätzt. Sie sind für den Bund und den öffentlichen Gesamthaushalt aus den genannten Gründen mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Schuldenstand	(in Mrd. DM)	
	1989	1990
Bund	490,5	554,5
Länder	307,7	328
Gemeinden	110,4	113,5
Öffentlicher Gesamthaushalt	923,5	1 020
Bundesbahn	44,0	47
Bundespost	66,2	72

Bezüglich der Kreditaufnahme des Fonds „Deutsche Einheit“ und der Treuhandanstalt wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Die Höhe der Staatsschulden des beigetretenen Gebiets läßt sich derzeit abschließend noch nicht exakt feststellen. Zu dieser Frage wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

6. Zu welchen Teilen und für jeweils welchen Zeitraum werden die Alt-schulden der DDR bei welchen Sondervermögen geparkt?

Auf welchen Betrag wird der Umfang dieser Sondervermögen durch zwischenzeitlich kreditfinanzierte Zinsen und Zinseszinsen bis 1994 anwachsen?

Das Sondervermögen „Kreditabwicklungsfonds“ übernimmt die bis zum Beitritt der ehemaligen DDR aufgelaufene Verschuldung des Republikhaushalts, die Verbindlichkeiten des Staatshaushalts gegenüber dem Ausgleichsfonds, die aus der Gewährträgerhaf-tung für die Staatsbank Berlin resultierenden Verbindlichkeiten sowie die Kosten, die aus der Abwicklung der Auslandsforderun-gen und -verbindlichkeiten entstehen. Das Sondervermögen wird bis Ende 1993 bestehen. Daran schließt sich die Verteilung der Schulden gemäß Artikel 27 Abs. 3 des Vertrages über die Schaf-fung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 auf die Treuhandanstalt, den Bund und die Länder im Bei-trittsgebiet an. Die vom Kreditabwicklungsfonds erbrachten Zins-leistungen werden ihm vom Bund und von der Treuhandanstalt je zur Hälfte erstattet.

Ein Anwachsen des Schuldenbestandes durch „kreditfinanzierte Zinsen“ ist daher nicht möglich. Das Volumen des Fonds kann sich bis zum Ende der Laufzeit im Falle einer Inanspruchnahme aus der Gewährträgerhaftung für die Staatsbank Berlin und durch die Ko-sten der Abwicklung der Auslandsforderungen und -verbindlich-keiten erhöhen, die u. a. auch von Wechselkursänderungen und Wertberichtigungen abhängen. Die insoweit während der Laufzeit insgesamt anfallenden Beträge lassen sich derzeit nicht be-stimmen.

7. Wie hoch waren die Zinsausgaben des Bundes, der Länder, der Ge-meinden, des öffentlichen Gesamthaushalts insgesamt (einschließ-lich ERP und sonstige) sowie von Bahn und Post in den einzelnen Jahren 1982 bis 1990?

Wie hoch sind die Zinsausgaben 1990 für die Gebietskörperschaften auf dem Gebiet der DDR?

Die Zinsausgaben haben sich in den Jahren 1982 bis 1989 wie folgt entwickelt:

entwickelt:	Zinsausgaben (in Mrd. DM)								
	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Bund	22,1	26,6	27,8	29,2	30,3	31,0	32,3	32,1	37
Länder	13,9	16,1	17,5	18,6	19,6	19,8	20,5	21,3	22,5
Gemeinden	8,8	8,3	8,1	8,0	7,7	7,5	7,5	7,6	8
Öffentlicher Gesamthaushalt	44,9	51,1	53,3	55,8	57,7	58,4	60,3	61,1	67,5
Bahn	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	3,0	3,1		
Post	2,3	2,4	2,3	2,5	2,7	2,8	3,1		

Die Zinsausgaben für 1990 ergeben sich aus einer Einschätzung des Bundesministeriums der Finanzen nach derzeitigem Erkenntnisstand. Über die Zinsausgaben 1990 für die Gebietskörperschaften auf dem Gebiet der ehemaligen DDR können noch keine abschließenden Angaben gemacht werden. Sie sind – soweit bekannt – im Bundeshaushalt enthalten.

8. Um wieviel werden diese Zinsausgaben angesichts der für 1990 geplanten bzw. geschätzten Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr steigen?

Aufgrund der noch nicht bekannten weiteren Entwicklung des Zinssatzes und der endgültigen Höhe der Nettokreditaufnahme ist eine Aussage über die Zinsausgaben im Jahr 1991 derzeit noch nicht möglich.

9. Welche Zinsausgaben erwartet die Bundesregierung 1991 im einzelnen für
- den Fonds „Deutsche Einheit“,
 - die Treuhandanstalt und
 - die sonstigen Sondervermögen, auf die die DDR-Altschulden bzw. Ausgleichsforderungen übertragen werden?

Wie hoch ist darüber hinaus die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte in 1991 durch die Zinsen für die Wohnungsbaukredite der DDR (einschließlich der für 1990 nachzuzahlenden Beträge)?

Die Zinsausgaben des Fonds „Deutsche Einheit“ dürften nach derzeitigem Planungsstand für 1991 2 070 Mio. DM betragen.

Durch die Treuhandanstalt entstehen nach gegenwärtigem Erkenntnisstand keine Zinsbelastungen für den Bundeshaushalt 1991. Die Zinsausgaben der Treuhandanstalt selber werden 1991 voraussichtlich ca. 13 Mrd. DM betragen.

Neben den in der Frage namentlich aufgeführten Sondervermögen existiert noch das Sondervermögen „Kreditabwicklungsfonds“. Für den Kreditabwicklungsfonds erwartet die Bundesregierung für 1991 Zinsausgaben von insgesamt ca. 4,4 Mrd. DM, die jeweils zur Hälfte vom Bund und von der Treuhandanstalt (in dem o. a. Betrag für die Treuhandanstalt bereits berücksichtigt) zu tragen sind.

Die Wohnungswirtschaft in der bisherigen DDR war angesichts staatlich verordneter nicht-kostendeckender Mieten auf massive Hilfen aus dem Staatshaushalt angewiesen. Aufgrund fortbestehender Mietpreisbindungen bleibt die Erwirtschaftung von Erträgen bis auf weiteres eingeschränkt.

Nach bisher vorliegenden Daten werden 1991 für den Kapitaldienst voraussichtlich Leistungen in folgender Größenordnung zu erbringen sein:

Zeitraum	Zinsen – Mrd. DM –	Tilgung	Zusammen
1990	4,0	0,6	4,6
1991	6,1	0,7	6,8
Zusammen	10,1	1,3	11,4

In welchem Umfang die Subventionierung des Wohnungsbestandes kurz- oder mittelfristig abgebaut werden kann, ist noch offen.

10. Wie wird sich die Zinsquote im gesamtdeutschen Bundeshaushalt und im öffentlichen Gesamthaushalt 1990 und 1991 unter Einbeziehung der neuen Sondervermögen (Fonds „Deutsche Einheit“, DDR-Altschulden usw.) entwickeln?

Die Zinsquote (Anteil der Zinsausgaben an den gesamten Ausgaben) im gesamtdeutschen Bundeshaushalt wird sich 1990 auf 9,3 v.H. belaufen. Im öffentlichen Gesamthaushalt könnte sich eine Zinsquote von 7,5 bis 8 v.H. ergeben. Weitere Angaben sind aufgrund der noch nicht genau abschätzbaren Ausgabenentwicklung derzeit nicht möglich.

11. Wie hoch war 1989 die private Ersparnis und das Kapitalmarktaufkommen insgesamt, wie hoch war der Kapitalexport, und welcher Anteil an der privaten Ersparnis bzw. am Kapitalmarktaufkommen wurde durch die Kreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts beansprucht?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Werte für 1990 und 1991?

1989 betrug die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte nach der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 169,3 Mrd. DM. Das Kapitalmarktaufkommen – d. h. die Summe der Geldvermögensbildung der inländischen nicht-finanziellen Sektoren und des Auslands nach der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – betrug 1989 473,4 Mrd. DM. Der Kapitalexport belief sich 1989 auf 240,6 Mrd. DM. Die Kreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in kassenmäßiger Abgrenzung in Höhe von rd. 26 Mrd. DM im Jahr 1989 belief sich daher auf rd. 5,5 v.H. des Kapitalmarktaufkommens. Eine isolierte statistische Gegenüberstellung zwischen öffentlicher Kreditaufnahme einerseits und Geldvermögensbildung der privaten Haushalte andererseits ist nicht aussagekräftig.

Die Bundesregierung nimmt keine Vorausschätzung der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme vor. Deshalb sind keine quantitativen Angaben für die private Geldvermögensbildung, das voraussichtliche Kapitalmarktaufkommen und den Kapitalexport im Jahre 1990 möglich. Der Anteil der öffentlichen Kreditaufnahme am Kapitalmarktaufkommen 1990 ist daher nicht quantifizierbar.

Die bisherige Entwicklung statistischer Teilgrößen deutet aber z. B. auf einen starken Anstieg der privaten Ersparnisse 1990 hin: So hat

sich die Sparquote der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 1990 auf 13,7 v.H. erhöht von 12,5 v.H. im ersten Halbjahr 1989 (Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes). Der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, H. Geiger, schätzt das private Sparaufkommen 1990 auf 217 Mrd. DM.

Aus der bisherigen und absehbaren Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses der Bundesrepublik Deutschland und der damit einhergehenden tendenziellen Verringerung der Nettokapitalexporte läßt sich des weiteren ableiten, daß das Ausland 1990 per saldo eine geringere Nachfrage am Kapitalmarkt ausüben wird als 1989.

12. Wie hoch war im September 1988, 1989 und 1990 das DM-Zinsniveau im Vergleich zum US-Dollar-Zinsniveau beim Dreimonatsgeld, die D-Mark-Umlaufrendite im Vergleich zur US-Dollar-Umlaufrendite fünfjähriger öffentlicher Anleihen, und wie hoch war jeweils die Zinsdifferenz?

Die Zinsen und Zinsdifferenzen ergeben sich aus folgender Tabelle:

		Monatdurchschnitte September		
		1988	1989	1990
Dreimonatsgeld	D	5,0	7,4	8,4
	USA ¹⁾	8,3	8,8	8,1
	Zinsdiff. ⁴⁾	3,3	1,4	– 0,3
Öffentliche Anleihen	D ²⁾	6,2	7,1	9,1
	USA ³⁾	8,7	8,2	8,5
	Zinsdiff. ⁴⁾	2,5	1,1	– 0,6

Quelle: Deutsche Bundesbank

- 1) 3-Monats-C.D., New York;
 2) Öffentliche Anleihen mit einer Restlaufzeit von 5 bis 6 Jahren;
 3) US-Treasury Bonds, 5 years;
 4) Ein Minuszeichen bedeutet, daß der Zinssatz in D höher ist.

13. Wie hoch waren die Hypothekenzinsen (variable, fünfjährige und zehnjährige Bindung) im September 1988, 1989 und 1990?

Zu welchen monatlichen Zins-Mehrbelastungen führt rechnerisch der Zinsanstieg von 1988 zu 1990 und 1989 zu 1990 je 100 000 DM Hypothekendarlehen?

Die Hypothekenzinsen – d. h. die Effektivverzinsung für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke – betrugen im Monatsdurchschnitt September

- zu Gleitzinsen 1988: 6,72 v.H.; 1989: 7,68 v.H.; 1990 laut vorläufigen Angaben: 9,75 v.H.;
- zu Festzinsen auf 5 Jahre 1988: 7,13 v.H.; 1989: 7,93 v.H.; 1990 laut vorläufigen Angaben: 9,85 v.H.;
- zu Festzinsen auf 10 Jahre 1988: 7,73 v.H.; 1989: 7,99 v.H.; 1990 laut vorläufigen Angaben: 9,80 v.H.;

Die monatlichen Effektivzinsaufwendungen – Festzinsen auf 10 Jahre – für ein Hypothekendarlehen von 100 000 DM betrugen im September 1990 gegenüber dem September 1988 rechnerisch 172,50 DM mehr; im September 1990 betrugen sie rechnerisch 150,84 DM mehr als im September 1989.

14. Wie hoch ist der Gesamtumfang privater Wohneigentumsfinanzierungen über Hypothekendarlehen?

Die Kreditzusagen für den privaten Wohnungsbau werden nur zum Teil erfaßt. Meldungen der Sparkassen, Pfandbriefinstitute und Lebensversicherungen erfolgen auf freiwilliger Basis. Die Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen haben sich dem Verfahren bisher nicht angeschlossen.

Die in der folgenden Tabelle enthaltenen Angaben über die Kreditzusagen der oben genannten Institute für Eigenheime und Eigentumswohnungen haben daher nur eine sehr beschränkte Aussagekraft. Selbst Aussagen über Entwicklungstendenzen sind problematisch, da sie durch Verschiebungen der Marktanteile zwischen berichtenden und nichtberichtenden Instituten beeinflusst werden können.

Kreditzusagen für Eigenheime und Eigentumswohnungen
– Sparkassen, Pfandbriefinstitute und Lebensversicherungen –
– Mrd. DM –

	1988	1989	1990 (Jan. bis Juli) ¹⁾
Wohnungsneubau	19,550	21,447	10,312
davon: öffentlich gefördert	2,565	2,473	–
steuerbegünstigt und freifinanziert	16,986	18,974	–
Kauf, Erwerb, Instandsetzung, Modernisierung und ähnliches	23,349	27,021	12,981
Ablösung von Wohnungsbaukrediten	4,822	4,047	2,290
Zusagen insgesamt	48,721	52,515	25,583

1) Die Angaben der Lebensversicherungen beziehen sich auf den Zeitraum von Januar bis Juni 1990.

15. Mit welchen Auswirkungen auf den Wohnungsbau rechnet die Bundesregierung in diesem und in den kommenden Jahren, und hält sie ihr Ziel, den Neubau von jährlich 300 000 Wohnungen, noch für erreichbar?

Die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen ist auch weiterhin hoch. Der Auftragseingang im Wohnungsbau stieg in der Zeit von Januar bis August 1990 um real 20 v.H. gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, wobei zu Jahresanfang noch höhere Zuwachsraten zu verzeichnen waren. Vor dem Hintergrund dieser regen Bautätigkeit und in Anbetracht der verbesserten Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau geht die Bundesregierung von einem Fertigstellungsergebnis in Höhe von 300 000 Wohneinheiten für 1990 sowie einem noch höheren Ergebnis für 1991 aus.

16. Zu welchen kalkulatorischen Mehrbelastungen führt der Zinsanstieg seit 1988 und 1989 bei der Investitionsfinanzierung der bundesdeutschen Wirtschaft?

Nach den Ergebnissen der von der Deutschen Bundesbank durchgeführten Unternehmensbilanzstatistik betrugen die Zinsaufwendungen der Unternehmen 1988 46,7 Mrd. DM und der durchschnittliche Zinssatz auf die verzinslichen Verbindlichkeiten 5,7 v.H. Dieser hat sich nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank im Jahr 1989 um rd. 0,5 Prozentpunkt erhöht. Die Zinsaufwendungen sind insgesamt um rd. 10 Mrd. DM gestiegen. Die Ergebnisse der Unternehmensbilanzstatistik für das Jahr 1989 werden von der Deutschen Bundesbank im Monatsbericht November 1990 veröffentlicht.

